31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

Beschluss

Seite 1 von 2

PCK Schwedt: Kurz- und mittelfristige Perspektiven schaffen 1 **BETR.:** Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz) **Antragsteller:** 2 3 Der Landesparteitag möge beschließen: 4 Die brandenburgische Raffinerie Schwedt versorgt weite Teile Ostdeutschlands und unser 5 Nachbarland Polen. Momentan wird die Raffinerie fast ausschließlich von der russischen 6 Pipeline "Druschba" versorgt. Es stehen rund 1200 Arbeitsplätze direkt und weitere 2000 7 Arbeitsplätze indirekt in Verbindung mit der Schwedter Raffinerie. Die Raffinerie befindet sich 8 mehrheitlich im Besitz des russischen Staatskonzerns Rosneft. 9 Durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine haben die Bundesregierung 10 und mehrere europäische Partner ein Embargo auf russische Öl-Importe beschlossen. 11 Viele Menschen, Familien und Firmen in der Region Schwedt sind nun in ihrer 12 wirtschaftlichen Existenz bedroht. Wir fordern deshalb kurz- und mittelfristige Maßnahmen 13 vom Land Brandenburg, um deren Existenz zu sichern. 14 Kurzfristige Handlungspunkte: 15 Oberste Priorität hat die Aufrechterhaltung der Versorgung der Region mit bezahlbarer 16 Energie und die Sicherung der betroffenen Arbeitsplätze. Unsicherheiten über die Versorgung 17 und den Betrieb der Raffinerie sind zu vermeiden. Besonders in den Wintermonaten muss es 18 eine Garantie geben, dass Schwedt über die Schiene versorgt wird. Bis zum Ende der 19 Energiekrise sind die Mehrkosten vom Bund zu tragen, damit der Standort erhalten bleibt. Mit 20 der Zustimmung des Bundestages zur Reform des Energiesicherungsgesetzes von 1975 wurde 21 ein unabdingbares Signal gesetzt. Dies darf jedoch nur der erste Schritt sein. Die Rosneft GmbH 22 kann durch ihre direkten Verbindungen zum Russischen Staat nicht mehr als zuverlässiger 23 Gesellschafter gehandhabt werden. Eine Finanzierung des russischen Staates kann nicht

über die Raffinerie Schwedt befreit werden. Dies soll der Sicherstellung der Versorgung im Raum Berlin und Brandenburg dienen. Wir wollen den Betrieb der Raffinerie durch ein privates Betreibermodell und damit verbundener, privatwirtschaftlicher Expertise gewährleisten. Es sollen unverzüglich Verhandlungen über eine neue private Betreiberstruktur beginnen. Hierbei muss auf maximale Versorgungssicherheit und größtmögliche Diversifizierung der Rohstoffquellen geachtet werden. Einen vom Staat geführten, operativen Betrieb der Raffinerie lehnen wir grundsätzlich ab.

Mittelfristige Handlungspunkte:

Mittelfristig bedarf es einer Neuorientierung des Werkes, weg von einer Abhängigkeit von fremden Staatskonzernen. Hierbei ist ergebnisoffen an alle Optionen heranzutreten. In einer Kooperation mit dem bereits verbundenen Hafen Rostock besteht beispielsweise die Möglichkeit, dass das PCK-Werk hin zu nachhaltigen Raffinerieprozessen entwickelt wird. Dies kann die Verarbeitung von Wasserstoff einschließen. Es ist essentiell, die Betroffenen vor Ort und unsere europäischen Partner, insbesondere Polen, in den Prozess der Neuausrichtung miteinzubeziehen. Aus Schwedt werden auch weite Teile Westpolens beliefert, sodass Umstrukturierungen nicht nur deutsche Betriebe und Haushalte betreffen. Weiterhin mit Russland zu handeln, stellt nicht nur ein Versorgungsrisiko dar, sondern finanziert auch russische Militärausgaben. Deshalb halten wir ein Embargo auf russische Rohstoffe für richtig. Die von den westlichen Partnern beschlossenen Maßnahmen zu einem Ölembargo sind zeitnah umzusetzen.